

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 18/9

Heike Hänsel

MdB DIE LINKE, entwicklungspolitische Sprecherin,
Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte
Nationen, Internationale Organisationen und
Globalisierung im Auswärtigen Ausschuss



Niema Movassat

MdB DIE LINKE, Sprecher für Welternährung und
Obmann im Ausschuss für Wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 20.10.2014

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Ebola und Textilbündnis – zwei Themen von immenser Wichtigkeit. Und zweimal Versagen bei der Bundesregierung. Der deutsche Beitrag zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie ließ zu lange auf sich warten und blieb zunächst sehr zaghafte. Wir begrüßen, dass nun zusätzliche Mittel in angemessener Höhe bereitgestellt werden sollen. Sie sind dringend nötig. Und sie müssen über die akute medizinische Nothilfe hinausgehen. Denn die gesellschaftlichen Schäden, die Ebola anrichtet, sind nicht nur medizinischer Natur. Darauf wiesen die liberianische Botschafterin und Fachleute in einem Fachgespräch bei der Linksfraktion eindrucklich hin.

Und das Textilbündnis? Bundesminister Müllers Einsatz für faire Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie ist loblich. Doch dass die Textilunternehmen seinem Textilbündnis die kalte Schulter zeigen, zeigt nur: Auf Freiwilligkeit basierende Initiativen bringen nichts. Gesetze müssen her. Und zwar nicht irgendwann in der Zukunft – wie Müller das beschreibt –, sondern jetzt!

Heike Hänsel, Niema Movassat, Alexander King, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Inhalt dieser Ausgabe:

Ebola (ab S. 3)

Rede von Niema Movassat (17.10.2014): Reaktion der Regierung auf Ebola ist ein Armutszeugnis

Veranstaltungsbericht (15.10.2014): Ebola – neue Herausforderung auf allen Ebenen

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE und Antwort der Bundesregierung (6.10.2014): Reaktionen der Bundesregierung auf die Ebola-Epidemie in Westafrika

Unternehmensverantwortung (ab S. 17)

Rede von Niema Movassat (9.10.2014): „Gute Arbeit“ braucht gesetzliche Regeln – weltweit

Rede von Diether Dehm (9.10.2014): Freihandel ist Unfreihandel

Klimapolitik und Hungerbekämpfung (ab S. 23)

Rede von Heike Hänsel (9.10.2014): Jetzige Handelspolitik widerspricht jeglichen Klimaschutzziele

Rede von Niema Movassat (9.10.2014): Hunger bekämpfen, Recht auf Nahrung stärken

Reaktion der Regierung auf Ebola ist ein Armutszeugnis

Rede des Abgeordneten Niema Movassat, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Entwicklungsausschuss, in der Debatte zum Koalitionsantrag „Deutschlands Beitrag zur Eindämmung der Ebola-Epidemie“:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass der Bundestag gestern weitere 85 Millionen Euro zur Bekämpfung der Ebolaepidemie in Westafrika bereitgestellt hat. Aber es geht eben nicht nur um Geld; noch wichtiger ist die Entsendung medizinischen Fachpersonals.

(Beifall bei der LINKEN)

Daran fehlt es vor Ort massiv: In Liberia kommt auf 100 000 Menschen ein Arzt. Erst spät hat die Bundesregierung nach Freiwilligen gesucht, die helfen wollen. Ich hätte mir gewünscht, Herr Gröhe, dass Ihr Aufruf nicht erst vor drei Wochen, sondern deutlich früher gekommen wäre.

(Beifall bei der LINKEN - Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Die waren doch schon da! Meine Güte! - Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Wahrscheinlich voriges Jahr!)

Leider ist es auch so, dass die Erfolgsmeldungen etwas voreilig sind. So haben sich zwar beim Roten Kreuz 1 600 Menschen beworben; davon wurden aber gerade einmal 117 als geeignet eingestuft, darunter 43 Ärzte. All diese Menschen genießen meinen größten Respekt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Vergleich: Das kleine Kuba schickt 165 medizinische Hilfskräfte. Der Präsident der Bundesärztekammer, Montgomery, hat geschätzt, dass Deutschland, um den Anforderungen der Weltgesundheitsorganisation gerecht zu werden, 1 200 Helfer schicken müsste.

(Zuruf von der CDU/CSU: Man kann sie nicht kommandieren!)

Das ist nicht unmöglich; dafür brauchen wir aber zum Beispiel Freistellungsregeln für Krankenhäuser, damit Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger, die helfen wollen, dies auch machen können.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Movassat, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Huber?

Niema Movassat (DIE LINKE):

Nein, das mache ich nicht.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum nicht?)

Er kann ja gerne, mit Ihrer Erlaubnis, nach meiner Rede eine Intervention machen.

Im Entwicklungsausschuss sagte der Präsident von Ärzte ohne Grenzen am 24. September: Es muss bei der ohnehin zu späten Reaktion jetzt um Stunden und Tage gehen, nicht um Wochen und Monate. - Jetzt, Wochen später, sagte mir ein Arzt, der bis vor kurzem in Sierra Leone war,

dass vor Ort immer noch kaum zusätzliche Hilfe ankommt. Das ist ein Armutszeugnis für Deutschland und die gesamte Welt, und es macht deutlich: Die Bundesregierung muss die Hilfsmaßnahmen so schnell wie möglich vor Ort umsetzen!

(Beifall bei der LINKEN)

Vorgestern hatte die Linke zu einem Ebola-Fachgespräch hier im Haus verschiedene Experten eingeladen. Was die Botschafterin Liberias da berichtete, war erschütternd. Sie sagte: Das öffentliche Leben ist zusammengebrochen. Ganze Familien gehen zugrunde. Kinder werden zu Waisen. Die Menschen können ihren engsten Verwandten nicht einmal die Hand halten, wenn sie sterben.

Düstere Worte kamen auch von Vertretern des UN-Welternährungsprogramms: Wegen der Ebolakrise droht 1,3 Millionen Menschen eine Hungersnot. Die Felder liegen brach, die Menschen sind arbeitslos, die Nahrungspreise steigen. Der Hunger könnte am Ende mehr Menschen töten als die Ebolaepidemie selbst. Der Kampf gegen den Hunger läuft zudem unter erschwerten Bedingungen: Nahrungsmittelpakete können nicht an Sammelstellen ausgegeben werden, weil sonst eine Ebolaübertragung droht. Sie müssen von Haus zu Haus gebracht werden.

180 Millionen Dollar braucht das Welternährungsprogramm für Logistik und Nahrungsmittel. Das ist doch im Vergleich zu dem, was man für jeden Militäreinsatz ausgibt, eine Kleinigkeit.

(Beifall bei der LINKEN - Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Immer diese alte Leier!)

Wir müssen in Westafrika nicht nur den Kampf gegen Ebola führen, sondern auch den gegen den Hunger. Deutschland ist die viertgrößte Wirtschaftsnation der Welt. Ich stimme Bundespräsident Gauck in dem Punkt ausdrücklich zu, dass wir natürlich eine große internationale Verantwortung tragen. Doch diese ist eben nicht militärischer Natur, sondern das ist eine humanitäre Verantwortung.

(Beifall bei der LINKEN)

Der weltweite Bedarf an humanitärer Hilfe hat sich seit 2006 fast vervierfacht, aber die Gelder dafür sind nicht ansatzweise so stark gestiegen. Der Afghanistan-Krieg hat Deutschland bis 2012 8 Milliarden Euro gekostet. Mit einem Bruchteil dieser Summe kann man mit humanitärer Hilfe hunderttausende Menschenleben retten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen in Deutschland endlich personelle und logistische zivile Ressourcen, um internationale Hilfseinsätze effektiv durchführen zu können. Ich spreche von einer eigenständigen, gut ausgestatteten zivilen Organisation. Ich nenne sie einmal Willy-Brandt-Korps, also eine Organisation des Friedens und der Hilfe, die eigene Flugzeuge, Isolierstationen, Ärzte und Techniker hat. Natürlich kostet das Geld. Aber Armeen und Kriege kosten mehr Geld. Es gibt den Bedarf an international einsetzbaren zivilen Helfern. Man muss nur die Prioritäten richtig setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Abschließend möchte ich allen noch eine Sache zur Kenntnis geben, die ich wirklich unfassbar finde. Die *Bild*-Zeitung hat gestern unter der Überschrift „Todesseuche Ebola: Wie viel Angst muss ich in Deutschland haben?“ die Frage gestellt - ich zitiere -:

Was mache ich, wenn ich glaube, der Mensch neben mir in Bus, Bar oder Kino hat Ebola?

Die Antwort:

Den Notruf unter 112 wählen! Dann werden Sie gefragt, ob die typischen Symptome zu beobachten sind.

Die *Bild*-Zeitung schürt hier diffuse Ängste. Zudem ist es mehr als fahrlässig, mit so einem Schwachsinn die Notfallnummern der Feuerwehren zu überlasten. Ich appelliere wirklich an alle Journalisten, keine Panikmache zu betreiben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ebola ist eine Erkrankung, die da ausbricht, wo es schwache Gesundheitssysteme gibt. Länder wie Nigeria, die im Vergleich zu Liberia ein gutes Gesundheitssystem haben, haben die Epidemie in den Griff bekommen. Damit ist auch das Risiko in Deutschland fast gleich null. Was wir tun müssen, ist, den betroffenen Ländern beim Aufbau funktionierender Gesundheitssysteme zu helfen, damit dies die letzte Ebolaepidemie in der Geschichte ist.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Veranstaltungsbericht, 15.10.2014

Ebola – neue Herausforderung auf allen Ebenen

Als Obmann der Linksfraktion im Entwicklungsausschuss hatte Niema Movassat zu einem Fachgespräch zur dramatischen Lage in Sierra Leone, Liberia und Guinea in die Räume des Bundestages eingeladen. Die unterschiedlichen Referentinnen und Referenten vermittelten einen Eindruck, wie umfassend und weitreichend die Konsequenzen aus der Ebola-Epidemie sind.

Die Botschafterin Liberias I.E. Ethel Davis berichtete Beklemmendes aus ihrer Heimat. Das öffentliche Leben ist vollständig zum Erliegen gekommen, die Menschen sollen ihre Häuser nur noch in dringenden Fällen verlassen. Die Angst vor Ansteckung zerbricht das soziale Gefüge. In Liberia pflegt normalerweise vor allem die eigene Familie erkrankte Menschen. Bei Ebola kann es schon tödliche Folgen haben, seine engsten Verwandten auch nur die Hand zu halten, wenn sie sterben. Das Ausmaß der menschlichen Tragödien ist nur schwer vorstellbar, aber die Schilderungen der Botschafterin vermitteln einen vagen Eindruck. Ihr Vorwurf, ihr Land sei zu lange von der internationalen Gemeinschaft alleine gelassen worden, wiegen umso schwerer. Bis heute kommt zu wenig Hilfe an. Zudem steht die Wirtschaft eines ohnehin ärmsten Länder der Welt kurz vor dem Zusammenbruch – mit rund zehn Prozent Rezession in Folge rechnet die Botschafterin in diesem Jahr aufgrund der Ebola-Krise.

Effektive Seuchenbekämpfung in Liberia kaum möglich

Dr. Denis Pineda war vor einer Woche mit den "Ärzten ohne Grenzen" noch in Sierra Leone im Einsatz gegen die Epidemie. Obwohl erfahren im internationalen Einsatz gegen Gesundheitskrisen musste er schnell erkennen, dass Ebola anders ist als alles, was er bisher kannte: Bereits in ersten Woche vor Ort infizierte sich ein Kollege aus seinem Team mit dem Virus. Er selber fühlte sich wenige Tage später schwach und kränklich und musste sich selbst die Möglichkeit einer Ansteckung einräumen. Nach Selbstisolation und regelmäßigem Fiebermessen ging es ihm aber schnell wieder besser. Die Bedingungen des liberianischen Gesundheitssystems sind laut seinem Bericht apokalyptisch. Krankenwagen, die mit bis zu sechs Patienten in achtstündigen Fahrten in die Hauptstadt unterwegs sind – unterwegs sterben zwei, weitere zwei bluten stark, der Wagen ist voller Erbrochenem.

Es sind Zustände wie diese, die jede effektive Seuchenbekämpfung verhindern und eine so weite Ausbreitung des Ebola-Virus überhaupt ermöglicht haben, erläuterte im Anschluss Jens Holst von der Plattform Globale Gesundheitspolitik. Deutliche Kritik äußerte an der internationalen Gesundheitspolitik sowohl der aktuellen, als auch die vergangenen Bundesregierung. Statt den Aufbau staatlicher Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern zu fördern, treibe die deutsche Entwicklungszusammenarbeit immer noch Privatisierungen voran. Auch bei der Forschung an Wirkstoffen für vernachlässigte Krankheiten braucht es mehr öffentliche Forschungsinitiativen. Die reine Fokussierung auf medizinische-technische Lösungsansätze ist das Gegenteil des ganzheitlichen Gesundheitsansatzes, der wissenschaftlich bestens belegt ist: je weniger finanzielle Ressourcen, desto größer das Gesundheitsrisiko. Das gilt sowohl für Individuen als auch für ganze Staaten.



Düstere Prognose

Der Leiter des Berliner Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen Ralf Südhoff machte auf die völlig unzureichenden Ressourcen aufmerksam, mit denen sie versuchen vor Ort Hunger zu bekämpfen. Die Lebensmittelproduktion ist in der Region teilweise um 40 Prozent zurückgegangen, die Ernte verrottet auf den Feldern. Für die Ernährungshilfe allein rechnet er in den nächsten vier Monaten mit einem Bedarf von etwa 92 Millionen US-Dollar, wovon im Augenblick nicht einmal die Hälfte gedeckt ist. Die Bundesregierung engagiert sich nach eigenen Angaben mit bisher 198 000 Euro in diesem Bereich. Dabei steht das Schlimmste den Ländern aber noch bevor. Neben die düstere Prognose von bis zu 1,4 Millionen Ebola-Infizierten bis Anfang 2015 stellte er die eindringliche Warnung vor einer zusätzlichen Hungerkatastrophe. Wer Ebola überlebt, droht an Hunger sterben.

VertreterInnen von Organisationen wie Caritas, dem Deutschen Roten Kreuz und weitere Gäste und Bundestagsmitglieder nutzten anschließend die Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch. Alle Beteiligten waren sich einig, dass es Ebola-Epidemie eine humanitäre Krise von ganz neuer Qualität sei. Dementsprechend müssten auch jetzt endlich unkonventionelle und umfangreiche Reaktionen erfolgen. Sichere Rahmenbedingungen für freiwillige HelferInnen bezüglich einer Freistellung am Arbeitsplatz und Versicherungsfragen stellten sich als dringendsten Hindernisse für schnelle Hilfseinsätze aus Deutschland dar.

Deutschland wird Verantwortung nicht gerecht

Niema Movassat kritisierte, dass Deutschland insgesamt seiner internationalen Verantwortung nicht ausreichend gerecht wird, weil die Bundesregierung diese immer nur militärisch interpretiert. Für DIE LINKE ist Verantwortung aber primär eine humanitäre Frage. Im Fall der Ebola-Epidemie könnte Deutschland ohne den Einsatz von Waffen, ohne das Risiko menschlicher "Kollateralschäden" Tausende Leben retten. Ein Bruchteil der finanziellen Mittel, die die BR im letzten Jahrzehnt für den sinnlosen Afghanistankrieg vergeudet hat, könnte in Westafrika unvergleichbar effektiver menschliches Leid verhindern.

Dafür braucht es über die jetzige Krise hinaus eine konsequent friedliche Außenpolitik, die auch entsprechende Ressourcen für großangelegte internationale Hilfseinsätze einrichtet. Im Notfall immer noch dem Einsatz der Bundeswehr zu rufen, ist keine Lösung. Humanitäre Hilfe ist nicht die Aufgabe des Militärs. Insgesamt reagiert Deutschland, die viertgrößte Wirtschaftsnation der Welt, nicht angemessen: Während das kleine Kuba bereits fast 170 Ärzte und Krankenschwestern geschickt hat, sind aus Deutschland immer noch kaum Ärzte im Einsatz. Bei der Forschung zu vernachlässigten Krankheiten liegt Deutschland im internationalen Vergleich auf Rang 12 hinter Kolumbien und Indien.

Reaktionen der Bundesregierung auf die Ebola-Epidemie in Westafrika

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Niema Movassat, Heike Hänsel, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 18/2572 –

Vorbemerkung der Fragesteller:

Die derzeitige Ebola-Epidemie in Westafrika ist die schwerste seit der Entdeckung des Virus im Jahr 1976 und droht auf weitere Länder übergreifen. Die Zahl der Infizierten steigt mittlerweile exponentiell und ist ebenso wie die Zahl der Todesopfer mit einer hohen Dunkelziffer verbunden. Schätzungen sprechen heute von rund 4 800 Infizierten und 2 400 Toten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) richtet bereits seit Wochen dramatische Appelle an die internationale Gemeinschaft und fordert eine angemessene Reaktion auf die historische Krise. Laut WHO könnte der jetzige Ebola-Ausbruch Auswirkungen wie der Tsunami im Jahr 2004 oder das Erdbeben auf Haiti im Jahr 2010 erreichen. Damals starben rund 230 000 beziehungsweise 316 000 Menschen.

Guinea, Sierra Leone und Liberia zählen zu den am wenigsten entwickelten Staaten der Welt und sind am stärksten von der Epidemie betroffenen. Ihre Gesundheitssysteme stehen unmittelbar vor dem totalen Kollaps. Das medizinische Personal arbeitet unter Einsatz des eigenen Lebens unter schwierigsten Bedingungen gegen das hochansteckende Virus. Mindestens 256 Ärztinnen und Ärzte und Krankenschwestern und Pfleger haben sich offiziell bisher infiziert, 134 sind gestorben. Es fehlt an technischen Mitteln und Erfahrung, um Isolationsmaßnahmen auch in abgelegenen Regionen und großer Hitze umfassend zu gewährleisten.

Vielerorts mangelt es außerdem an rudimentärer Aufklärung. Für die örtliche Bevölkerung schürt das gleichzeitige Auftreten der ersten Toten mit den Ärzteteams in Schutzanzügen und mobilen Isolationsstationen unter Umständen großes Misstrauen. Infizierte Verwandte versterben kurz nach der Aufnahme in die Isolationsstationen, wegen des großen Infektionsrisikos dürfen sie nicht einmal traditionsgemäß beerdigt werden. Aus Angst und Misstrauen verstecken sich Menschen bei Fiebersymptomen, entziehen sich einer medizinischen Behandlung und verstärken so das Ansteckungsrisiko. In der liberianischen Hauptstadt Monrovia bleiben hochansteckende Leichname in den Straßen liegen, weil es zu wenige Kapazitäten gibt, sie unter Wahrung von Quarantänevorschriften einzusammeln.

Maßnahmen, wie die geplante viertägige landesweite Ausgangssperre in Sierra Leone, um in jedem Haus nach Infizierten zu suchen, können sich sehr schnell als kontraproduktiv herausstellen, weil sie das Vertrauen der Bevölkerung weiter erschüttern. Das Gleiche gilt für die von US-Präsident Barack Obama angekündigte Entsendung von bis zu 3 000 US-Soldaten zum Aufbau von Quarantänestationen und Schutz internationaler Helfer.

Wie auch bei anderen Krankheiten, von denen nur arme Länder betroffen sind, hat die Pharmaindustrie in der Vergangenheit viel zu wenig in die Erforschung von Medikamenten und Impfstoffen gegen Ebola investiert. So existieren zwar schon Mittel gegen das Virus, sind aber bisher nicht klinisch an Menschen getestet und deshalb nicht flächendeckend einsatzbereit. In Einzelfällen sind sie zwar bereits zur Rettung von infiziertem Pflegepersonal eingesetzt worden. Der Einsatz ungetesteter Mittel und die extrem selektive Auswahl der Empfängerinnen und Empfänger sind höchst umstritten. Hilfsorganisationen, die Personal von Deutschland aus in die betroffenen Gebiete schicken, fordern von der Bundesregierung eine Garantie, dass ihr Personal im Fall einer Infektion die bestmögliche medizinische Betreuung bekommt und unbürokratisch zur Behandlung nach Deutschland ausgeflogen wird. Ohne diese Garantie ist es erheblich schwieriger, medizinisches

Personal für die Ebola-Bekämpfung in Westafrika zu mobilisieren.

Durch das grassierende Virus ist die Wirtschaft in Teilen der betroffenen Länder bereits weitgehend zusammengebrochen, ausländische Firmen haben die Arbeit eingestellt. Immer mehr Fluglinien fliegen die betroffenen Länder gar nicht mehr an. Die Nahrungsmittelproduktion ist bereits auf nur noch rund 40 Prozent des Vorjahresniveaus gesunken, weil anstehende Ernten nicht eingeholt werden. Hilfsorganisationen rechnen ab März 2015 mit einer massiven Hungersnot, die Lebensmittelpreise sind bereits massiv gestiegen. Zusätzlich zur medizinischen humanitären Hilfe brauchen die Menschen deshalb dringend Nahrungsmittel und die betroffenen Staaten Finanzhilfen.

Als der Weltsicherheitsrat sich im Jahr 2000 das erste und bisher einzige Mal mit einer internationalen Gesundheitskrise beschäftigte, ging es um die Verbreitung von AIDS. Am 18. September 2014 hat der Rat über Ebola als Gefahr für die internationale Sicherheit beraten. Einige betroffene Staaten haben bereits davor gewarnt, ihre staatliche Existenz sei durch die Verbreitung des Virus gefährdet.

Die Bundesregierung hat bisher lediglich etwa 12 Mio. Euro zur Bekämpfung der Epidemie zur Verfügung gestellt. Alleine die private Bill & Melinda Gates Stiftung hat angekündigt, mit 50 Mio. US-Dollar rund das Vierfache des Beitrags der Bundesregierung zu leisten. Die von der Generaldirektorin der WHO Margaret Chan Fung Fu-chun vorgelegte Roadmap sieht einen Finanzbedarf von mindestens 490 Mio. US-Dollar, um alleine die Ausbreitung des Virus in den Griff zu bekommen. Neben finanziellen Hilfen müsste Deutschland insbesondere in den Bereichen Schulung von Pflegepersonal im Umgang mit medizinischen Isolationsmaßnahmen, Entsendung von Fachkräften und Behandlung von Infizierten in Deutschland, Bereitstellung von Desinfektions- und Quarantänemitteln sowie Nahrungsmittelhilfen seine Unterstützung deutlich ausbauen. Die Bundesrepublik Deutschland als viertgrößte Wirtschaftsnation der Welt muss endlich eine ihrer Wirtschaftskraft angemessenen Beitrag gegen die historische Gesundheitskrise leisten.

1. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung den aktuellen Ebola-Ausbrüchen in Afrika bei?

Die aktuelle Epidemie in Westafrika übertrifft in ihrem Ausmaß alle bisherigen Ebola-Ausbrüche bei weitem. Die Bundesregierung teilt die in Resolution 2177 (2014) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) ausgedrückte Einschätzung, dass die Epidemie eine humanitäre Katastrophe ist, die die in den hauptbetroffenen Ländern Liberia, Sierra Leone und Guinea in den letzten zehn Jahren erreichten Fortschritte bei Friedenssicherung und Entwicklung zu negieren droht und die Stabilität dieser Länder bedroht. Laut Feststellung des VNSicherheitsrats stellt die Epidemie inzwischen eine Bedrohung von Frieden und Sicherheit weltweit dar und erfordert eine koordinierte Reaktion der internationalen Gemeinschaft. Diese ist mittlerweile angelaufen.

2. Welche Bedeutung hat der Infektionsschutz in der Entwicklungspolitik der Bundesregierung?

Die Stärkung der Prävention und die Behandlung von Infektionskrankheiten ist einer der drei Schwerpunkte der Entwicklungspolitik der Bundesregierung im Gesundheitsbereich und daher von hoher Bedeutung. Die anderen beiden Schwerpunkte betreffen die Stärkung von Gesundheitssystemen und die Mütter- sowie Kindergesundheit. Zu beiden leistet der Infektionsschutz wichtige Beiträge.

Die hohe entwicklungspolitische Bedeutung des Infektionsschutzes spiegelt sich u. a. darin wieder, dass die Bundesregierung für den Zeitraum von 2014 bis 2016 insgesamt 645 Mio. Euro für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria vorgesehen hat. Zudem übernimmt sie die Gastgeberrolle für die Wiederauffüllungskonferenz der Globalen Impfallianz GAVI im Januar 2015 in Berlin. In den letzten Jahren hat die Bundesregierung ihre Beiträge für GAVI von 4 Mio. Euro im Jahr 2010 auf mittlerweile 38 Mio. Euro im Jahr 2014 erheblich gesteigert.

gert. Außerdem unterstützt die Bundesregierung die globale Initiative zur Ausrottung der Kinderlähmung mit insgesamt 200 Mio. Euro für den Zeitraum von 2009 bis 2017. Hinzu kommen jährliche Auszahlungen in der bilateralen Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten, insbesondere sexuell übertragbarer Krankheiten und HIV/AIDS, in Höhe von rund 100 Mio. Euro. Zur Ebola-Bekämpfung in Westafrika besteht eine Sonderzusage an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Höhe von 10 Mio. Euro.

3. Welche finanziellen und nichtmonetären Beiträge leistet die Bundesregierung derzeit konkret, um eine weitere Ausbreitung des Ebola-Virus in Afrika zu verhindern, und was ist bereits in Planung (bitte nach Art, Umfang und Ländern aufschlüsseln)?

Bislang hat die Bundesregierung insgesamt ca. 17 Mio. Euro zur Ebola-Bekämpfung zur Verfügung gestellt, davon

- 10,4 Mio Euro zur Unterstützung von WHO-Maßnahmen,
- 750 000 Euro für humanitäre Hilfsmaßnahmen von ‚Ärzte ohne Grenzen‘,
- 400 000 Euro für humanitäre Hilfsmaßnahmen der ‚Welthungerhilfe‘ sowie ‚humedica‘,
- 223 000 Euro für das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin (für Ebola-Diagnostiklabore in Guinea und Nigeria),
- 43 000 Euro für die Rot-Kreuz-Gesellschaft von Sierra Leone,
- 100 000 Euro (bisher geleisteter Beitrag aus eigenen Mitteln des Robert-Koch-Instituts) für die Entsendung von Wissenschaftlern/Epidemiologen nach Westafrika,
- 5 Mio. Euro sind für weitere Projekte humanitärer Organisationen und NGOs bereit gestellt.

Eine weitere erhebliche Aufstockung der Mittel ist beabsichtigt, kann derzeit jedoch noch nicht beziffert werden. Zudem plant die Bundeswehr, kurzfristig eine Luftbrücke in die von der Ebola-Epidemie betroffenen Länder aufzubauen sowie einen Lufttransportstützpunkt in der weiteren Region einzurichten. Als Standort für einen solchen Lufttransportstützpunkt ist Dakar (Senegal) vorgesehen. Hierfür können zunächst zwei Transportmaschinen vom Typ Transall bereitgestellt werden. Bis zu 100 Soldatinnen und Soldaten sind für den Aufbau der Luftbrücke und den Betrieb des Lufttransportstützpunkts vorgesehen. Weitere Länder können sich an der Logistikkette beteiligen.

Die Bundesregierung wird außerdem das Deutsche Rote Kreuz sowohl finanziell als auch logistisch dabei unterstützen, ein mobiles Krankenhaus mit mehr als 200 Betten sowie zwei Basisgesundheitsstationen in der Region aufzubauen und zu betreiben. Die Bundeswehr ist zudem bereit, eine Krankenstation/Lazarett für bis zu 50 Patienten in die Region zu transportieren und bei Bedarf auch beim Aufbau zu helfen. Die Bundesregierung beabsichtigt, weiteres notwendiges medizinisches Hilfspersonal zu gewinnen. Sie wird die Voraussetzungen für eine funktionsfähige Rettungskette schaffen.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe kann aus vorhandenen Beständen bei Bedarf kurzfristig umfangreiches Sanitätsmaterial zur Verfügung stellen. Die Bundesregierung ist bereit, nach Bedarf und in Koordination mit den Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft zusätzliche präventive Maßnahmen zu unterstützen sowie medizinische Materialien und Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Hierbei kann auch auf bereits vorhandene Strukturen aus dem Bereich der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zurückgegriffen werden. Bestehende Programme der Entwicklungszusammenarbeit werden in diesem Sinne angepasst.

Das Technische Hilfswerk wird sich nach Bedarf an der logistischen Unterstützung der Hilfsmaßnahmen in Deutschland sowie in der Region beteiligen. Hierzu gehört u. a. die Unterstützung beim Transport und der Lagerung von Hilfsgütern in Deutschland sowie die Unterstützung der Luftbrücke und bei der Koordinierungsunterstützung internationaler Akteure.

Die Bundesregierung beabsichtigt, sich verstärkt an der Ausbildung des medizinischen Personals vor Ort zu beteiligen. So fördert das Bundesministerium für Gesundheit ein Trainingsprogramm des Robert Koch-Instituts (RKI) zur Schulung von medizinischem Personal in Westafrika zum Umgang mit Ebola. Das Programm ist vorgesehen in Anrainerstaaten der derzeit betroffenen Länder; das Projektgesamtvolumen beträgt ca. 315 000 Euro für die Jahre 2014 bis 2016.

Eine weitere Entsendung von Experten des RKI und des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin ist geplant. Weiterhin bildet die Bundeswehr am Institut für Mikrobiologie der Bundeswehr (IMB) in München internationales Laborpersonal aus, das im weiteren Verlauf zur Bekämpfung der Epidemie in Guinea eingesetzt wurde und wird.

Darüber hinaus beteiligt sich die Bundesregierung mit bis zu fünf Polizisten an der VN-Friedensmission in Liberia, UNMIL. Neben ihren Hauptaufgaben bei der Friedenssicherung unterstützt UNMIL die nationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Ebola Virus in Koordination mit anderen VN-Akteuren. UNMIL bietet u. a. logistische Unterstützung an und führt landesweite Informationskampagnen für die Bevölkerung durch.

4. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der WHO, dass zu einer erfolgreichen Eindämmung der Ausbreitung des Virus in Westafrika mindestens 490 Mio. US-Dollar Finanzmittel nötig wären?

Die am 16. September 2014 veröffentlichte, vom VN-Büro für die Koordinierung Humanitärer Hilfe (OCHA) zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und weiteren VN-Organisationen erstellte Bedarfsübersicht schätzt die insgesamt erforderlichen Mittel zur Ebola-Bekämpfung einschließlich der indirekten Folgen der Epidemie für die nächsten sechs Monate auf 987,8 Mio. Dollar. Verlässlichere Schätzungen liegen der Bundesregierung nicht vor.

5. In welcher Höhe und wann wird die Bundesregierung die finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie aufstocken, damit die von der WHO in der Roadmap veranschlagten 490 Mio. US-Dollar schnellstmöglich zur Verfügung stehen?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

6. Welche Rolle gedenkt die Bundesregierung insgesamt in der Operationalisierung der Roadmap der WHO zu spielen?

Die Bundesregierung wird ihre Hilfsleistungen weiterhin eng mit anderen Gebern, der WHO und den anderen VN-Organisationen – u. a. auch mit der künftigen United Nations Mission for Ebola Emergency Response (UNMEER) – abstimmen, um sicherzustellen, dass diese sich sinnvoll in die von den VN koordinierten internationalen Bemühungen einfügen.

7. Welche zusätzlichen nichtmonetären Beiträge gegen die Verbreitung des Virus plant die Bundesregierung in den einzelnen von der Epidemie betroffenen Ländern und leistet sie schon heute?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

8. Plant die Bundesregierung die Entsendung des Technischen Hilfswerks oder anderer Katastrophenschutzteams zur Verbesserung der Infrastruktur, zum Betrieb von Quarantänestationen und anderer medizinischer Einrichtungen sowie zur Versorgung internationaler Hilfsteams?

Das Technische Hilfswerk wird sich nach Bedarf an der logistischen Unterstützung der Hilfsmaßnahmen in Deutschland und in der Region beteiligen.

9. Welchen Beitrag leistet die Bundesregierung heute zur Vorbeugung der befürchteten Hungersnot, wird sie die Mittel dafür aufstocken, und wie sollen sie genau eingesetzt werden (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?

Das Auswärtige Amt fördert mit 198 000 Euro ein Projekt der Deutschen Welthungerhilfe zur logistischen und administrativen Unterstützung des Krisenmanagements zur Eindämmung der Ebola-Epidemie in Sierra Leone. Im Rahmen dieses Projekts wird auch Nahrungsmittelhilfe an betroffene Haushalte verteilt, die unter Quarantäne gestellt wurden. Die Haushalte werden während der Quarantänezeit versorgt und erhalten danach Übergangshilfen. Eine Aufstockung der Mittel für Nahrungsmittelhilfe ist beabsichtigt.

10. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen um klinische Testreihen an Menschen mit bereits entwickelten Wirkstoffen und Impfstoffen gegen das Ebola-Virus zu beschleunigen, und welche Maßnahmen plant sie diesbezüglich für die Zukunft?

Das Bundesministerium für Gesundheit unterstützt derzeit die notwendigen Vorarbeiten für den raschen Beginn der klinischen Prüfung eines Impfstoffs gegen Ebola (VSV-EBOV). Es beabsichtigt, die Durchführung einer klinischen Prüfung im Rahmen des Deutschen Zentrums für Infektionsforschung (DZIF) zu fördern. Darüber hinaus werden Fördermöglichkeiten für die Entwicklung von Grundlagen für eine Therapie von Ebola-Infektionen mit Hyperimmunplasma und Seren geprüft. Diese Arbeiten sollen unter Federführung des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) durchgeführt werden.

11. Wie viel der von der Bundesregierung geleisteten Förderung des Heinrich-Pette-Instituts für experimentelle Virologie in Höhe von jährlich 5,9 Mio. Euro fließt konkret in die Ebola-Forschung?

Im Jahr 2013 wurden anteilig knapp 100 000 Euro, im Jahr 2014 rund 180 000 Euro für die Ebola-Forschung verwendet.

12. Wie viel der von der Bundesregierung geleisteten Förderung des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin in Höhe von jährlich 7,6 Mio. Euro fließt konkret in die Ebola-Forschung?

Vom bundesfinanzierten Anteil an der institutionellen Förderung des BNITM werden bisher 172 000 Euro jährlich für die Ebola-Forschung eingesetzt.

13. Wie hoch ist der jährliche Beitrag der Bundesregierung für den Forschungsbereich „Neuauftretende Infektionskrankheiten“ am Deutschen Zentrum für Infektionsforschung, und wie viel davon fließt konkret in die Ebola-Forschung?

In den Bereich „Neuauftretende Infektionskrankheiten“ des Deutschen Zentrums für Infektionsforschung (DZIF) fließen im Jahr 2013 1,3 Mio. Euro an Bundesmitteln. Für die Jahre 2014 und 2015 sind für diesen Bereich ca. 1,7 Mio. Euro und rund 2,6 Mio. Euro eingeplant.

Im Rahmen des Forschungsbereichs „Neuauftretende Infektionen“ fließen 2013 288 000 Euro an Bundesmitteln in ein Projekt, das teilweise auch Ebola-Forschung beinhaltet. Für die Jahre 2014 und 2015 sind für dieses Projekt 303 000 Euro und 551 000 Euro eingeplant.

Eine Anschubfinanzierung von 35 000 Euro zur Vorbereitung einer klinischen Studie eines Ebola-Impfstoffes wurde am 20. August 2014 im Eilverfahren bewilligt. Die Bundesmittel belaufen sich dabei auf 31 500 Euro.

14. Welche Beiträge leistet die Bundesregierung bisher in den Bereichen Sensibilisierung- und Hygienekampagnen in den westafrikanischen Staaten, und wie will sie diese Bemühungen im Gesundheits- und Bildungsbereich im Kampf gegen Ebola zukünftig intensivieren?

Die Bundesregierung unterstützt den Ebola-Krisenplan der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit insgesamt 10 Mio. Euro. Diese errichtet u. a. Behandlungsstationen für Ebola-Patienten, liefert Schutzmaterial und Medikamente und schult Gesundheitspersonal im Umgang mit Patienten und im Selbstschutz. Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) läuft wo immer möglich auch während der derzeitigen Ebola-Epidemie in den betroffenen Ländern weiter. Aus Gründen der Fürsorgepflicht ist kein entsandtes Personal vor Ort, nationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen das EZ-Programm weiter um. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind kein geschultes Gesundheitspersonal, weshalb sie keine Aufgaben in der ersten Reihe der Ebola-Bekämpfung übernehmen können und dürfen. Die deutsche EZ arbeitet daher eng mit lokalen und internationalen NGOs zusammen und erweitert ihre laufenden Aktivitäten um Maßnahmen der Prävention, Aufklärung und Materialbeschaffung.

Das Robert Koch-Institut und das Trainingszentrum des STAKOB (Ständiger Arbeitskreis Kompetenz- und Behandlungszentren für hochansteckende und lebensbedrohliche Erkrankungen) in Würzburg entwickeln derzeit ein Trainingsprogramm zur Schulung von medizinischem Personal in Westafrika. Des Weiteren wird auf die Antwort zu Frage 21 verwiesen.

15. Nachdem bereits 16 deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, unter anderem des Instituts für Mikrobiologie der Bundeswehr, seit Beginn des Ebola-Ausbruchs nach Guinea entsandt wurden, was sind die Ergebnisse ihrer bisherigen Arbeit, und wie viele weitere Wissenschaftler welcher Institute plant die Bundesregierung mit welchem Auftrag in welche Länder zu entsenden?

Die Wissenschaftler analysieren Proben im Europäischen Mobilen Labor (EMLab) auf Ebola. Dabei haben sie den Ursprung der Mensch-zu-Mensch-Übertragungen bis zum vermutlich ersten Infizierten mit ermittelt. Beim EMLab handelt es sich um ein europäisches Projekt unter Federführung des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin (BNITM) unter Beteiligung des Instituts für Mikrobiologie der Bundeswehr (IMB) in München, des Instituts für Virologie in Marburg, des Robert-Koch-Instituts (RKI) und weiterer internationaler Partner.

Die Labordiagnostik ist essentiell, um Ebolafieber-Infizierte von Nicht-Infizierten unterscheiden zu können. Die Wissenschaftler sind in erster Linie als Laborexperthen vor Ort tätig. Die Experten sind somit nicht primär zu Forschungs-, sondern zu Versorgungszwecken vor Ort. Das EMLab wird vom BNITM koordiniert.

Derzeit sind drei EM-Laboratorien in Westafrika (Nigeria, Guinea und Liberia) im Einsatz. Die Laborexperthen des BNITM sind zudem am Aufbau von Laborkapazitäten der Länder sowie der Etablierung von Diagnostikverfahren beteiligt. Das Robert Koch-Institut (RKI) und das BNITM werden auch weiterhin regelmäßig Personal zur Unterstützung der EMLabs entsenden. Das BNITM als Koordinator des EMLab-Projektes teilt jeweils kurzfristig die Laborexperthen den Einsatzorten zu. Das Team vor Ort wechselt alle vier Wochen.

Bereits im April 2014 waren zudem drei Mitarbeiter des RKI nach Guinea entsandt, um Untersuchungen zum möglichen Tierreservoir durchzuführen. Die Ergebnisse der Studien werden derzeit ausgewertet und in Kürze publiziert. Auch ein RKI-Epidemiologe ist derzeit vor Ort tätig.

Wichtige Erkenntnisse, die durch Arbeit vor Ort gewonnen wurden und an denen deutsche Experten beteiligt waren, sind beispielsweise in der führenden medizinischen Fachzeitschrift, dem New England Journal of Medicine (September 2014) veröffentlicht.

16. Wird die Bundesregierung bei einer Entsendung von US-Soldaten in die betroffenen Länder mit dem US-Militär zusammenarbeiten oder gegebenenfalls deutsches Pflegepersonal und andere sich im Einsatz befindende Bundesbürger von den US-Truppen schützen lassen?

Die Bundesregierung stimmt sich mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Maßnahmen zur Ebola-Bekämpfung ab. Eine konkrete Zusammenarbeit mit dem US-Militär ist bislang nicht vereinbart. Vorstellbar wäre sie beispielsweise im Bereich Transport/Luftbrücke. Ein militärischer Schutz deutscher Helfer ist derzeit nicht vorgesehen.

17. Welche Einheiten der Bundeswehr sollen nach Überlegungen der Bundesregierung mit welchen Aufgaben in welchen Ländern eingesetzt werden?

Die Bundeswehr (Luftwaffe) wird nach jetziger Planung in Dakar/Senegal einen Luftumschlagplatz einrichten und betreiben. Von dort aus wird vorrangig Material nach Monrovia/Liberia verfliegen werden.

18. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Vertrauensbildung bei der Bevölkerung eine wichtige Voraussetzung für die effektive Bekämpfung der Ebola-Epidemie ist?

Ja.

19. Kann nach Auffassung der Bundesregierung der Einsatz von bewaffneten Soldaten in Uniform das ohnehin labile Vertrauen der örtlichen Bevölkerungen in die Zusammenarbeit mit den internationalen Helferinnen und Helfern zusätzlich erschüttern?

Die Bundesregierung geht nicht davon aus, dass bewaffnete Soldaten auf eine Weise zum Einsatz kommen werden, die die Zusammenarbeit internationaler Helferinnen und Helfer mit der lokalen Bevölkerung beeinträchtigen könnte. Im Übrigen ist der Einsatz von bewaffneten Soldaten nur mit Zustimmung der jeweiligen Regierung zulässig.

20. Welche anderen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, schnell qualifiziertes und entsprechend ausgestattetes medizinisches Personal in die von Ebola betroffene Region zu entsenden?

Die Bundesregierung arbeitet daran, die Einsatzbedingungen für freiwillige Helfer zu verbessern (u. a. durch Stärkung der medizinischen Evakuierungskapazitäten) und einsatzvorbereitende Ausbildungskurse einzurichten.

21. Warum ist das vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) unterstützte Trainingsprogramm zur Schulung von medizinischem Personal in Westafrika zum Umgang mit hoch ansteckenden Krankheiten unter Führung des Robert Koch-Instituts noch nicht angelaufen (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 9/24 des Abgeordneten Niema Movassat), wann wird es anlaufen, und warum fördert das BMG das wichtige Programm nur mit 315 000 Euro?

Das Robert Koch-Institut und das STAKOB-Trainingszentrum in Würzburg entwickeln derzeit ein Trainingsprogramm zur Schulung von medizinischem Personal in Westafrika. Das Bundesministerium für Gesundheit im Rahmen eines Forschungsprojekts finanzierte Trainingsprogramm soll in Anrainerstaaten der derzeit betroffenen Länder Medizinpersonal ermöglichen, eine an Ebola erkrankte Person (bzw. Verdachtsperson) zu erkennen, eine erste Versorgung vorzunehmen und ggf. adäquat in ein Behandlungszentrum zu verlegen. Hierbei soll auch ein Train-the-Trainer-

Programm mit den Partnern vor Ort zusammen erarbeitet werden, so dass das Wissen unabhängig vom deutschen Projektteam weiter vermittelt werden kann. Derzeit wird im Kontakt mit den afrikanischen Partnern der genaue Schulungsbedarf eruiert. Sogenannte „Fact-Finding-Missions“ in die Partnerländer finden ab Anfang Oktober statt. Eine fundierte Abstimmung mit den afrikanischen Partnern ist unerlässlich, um nicht an den Bedürfnissen der Zielgruppe vorbei zu agieren. Insbesondere muss auch geeignetes Personal identifiziert und rekrutiert und zunächst von anderen beruflichen Aufgaben entbunden werden. Eine Ausweitung des Projektes ist geplant.

22. Warum stellt die Bundesregierung das in Togo von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit bereitgestellte Informationsmaterial auf WHO-Standard zur Prävention einer weiteren Ebola-Ausweitung nur in diesem bisher nicht von der Epidemie betroffenen Land zur Verfügung (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 20 des Abgeordneten Niema Movassat auf Bundestagsdrucksache 18/2529), und wie hoch sind die für dieses Programm eingesetzten finanziellen Mittel?

Bei dem in Togo bereitgestellten Informationsmaterial zur Prävention einer Ebola-Ausweitung handelt es sich um Material der WHO, die in ihrer übergeordneten Koordinierungsfunktion sowohl Partnerinstitutionen als auch Geber und Durchführungsorganisationen in Togo zu abgestimmten gemeinsamen Präventionsmaßnahmen aufgerufen hat. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist diesem Aufruf gefolgt und hat die Verteilung von 1 000 WHO-Sensibilisierungspostern in GIZ-Partnerstrukturen und öffentlichen Einrichtungen in Lomé und den drei Projektregionen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (Sokodé, Kpalimé und Tsévié) unterstützt. Dabei wurden Druckkosten in Höhe von 1 829 Euro übernommen.

Schon zu Beginn der Epidemie wurden von allen betroffenen Landesbüros der GIZ umfassende Maßnahmen ergriffen, um die nationalen und internationalen Mitarbeiter über die Krankheit zu informieren und somit dazu beizutragen, sie vor einer Ansteckung zu schützen. In allen von Ebola betroffenen Ländern (sowie in zahlreichen weiteren Ländern der Region West- und Zentralafrika) fanden mehrmals Informationsveranstaltungen zur Krankheit selbst, zu Ansteckungswegen und Schutzmöglichkeiten statt. Als Instruktoren dienten vor Ort ansässige nationale oder internationale Ärzte und Krankenschwestern sowie die Regionalärztin des Auswärtigen Amtes in Accra.

Des Weiteren wurden in den Büros der betroffenen Länder die Hygieneregeln an die veränderte Situation angepasst. Mitarbeiter und Besucher desinfizieren beim Betreten der Räume die Hände und Schuhsohlen. Außerdem wird regelmäßig Fieber gemessen. In den drei am stärksten betroffenen Ländern Sierra Leone, Liberia und Guinea wurden Büros und Projekte mit Notfallkits (Schutzkittel, Gummihandschuhe und Atemmasken) versorgt, um sich bei einem plötzlichen Auftreten von Symptomen bei Besuchern oder Mitarbeitern zu schützen. Die Projektbüros in den von der Epidemie besonders betroffenen Gebieten wurden (vorübergehend) geschlossen.

23. Welche Initiativen gedenkt die Bundesregierung im Rahmen der Europäischen Union, der Vereinten Nationen sowie der G7 (Group of Seven) zu ergreifen, um dem historischen Ausmaß der aktuellen Ebola-Epidemie gerecht zu werden und eine weitere Verbreitung zu stoppen?

Deutschland hat das Thema Ebola als derzeitiger G7-Vorsitz beim G7-Außenministertreffen in New York am 25. September 2014 aufgegriffen. Deutschland hat eine G7-Erklärung initiiert, in der weitere internationale Unterstützung für die von den VN koordinierten Bemühungen zur Ebola-Bekämpfung angekündigt und dazu aufgerufen wird, die betroffenen Länder nicht zu isolieren. Überdies bringt sich die Bundesregierung aktiv in die Koordinierung auf VN- und EU-Ebene ein.

24. Wie verfahren nach Kenntnis der Bundesregierung die Bundesländer derzeit bei Abschiebefällen aus Deutschland in die von Ebola betroffenen Staaten, und müssten solche Abschiebungen nach Auffassung der Bundesregierung nicht umgehend aus humanitären Gründen ausgesetzt werden?

Nach Kenntnis der Bundesregierung haben die in dieser Angelegenheit zuständigen Länder derzeit keinen generellen formalen Abschiebestopp in die genannten Länder angeordnet. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Länder die in ihrer Zuständigkeit liegenden aufenthaltsrechtlichen Instrumente des Abschiebungsschutzes verantwortungsvoll handhaben. Die Ausländerbehörden sind auch unabhängig vom Vorliegen eines generellen Abschiebestopps stets zu einer Einzelfallprüfung verpflichtet. Individuellen Gefährdungen muss dabei im Rahmen der Prüfung von Abschiebungshindernissen nach § 60 Absatz 7 AufenthG Rechnung getragen werden.

25. Welche Bedrohung geht nach Ansicht der Bundesregierung von der aktuellen Ebola-Epidemie für Deutschland aus?

Das Risiko, dass Reisende die Krankheit nach Deutschland oder Europa mitbringen, ist gering, aber nicht auszuschließen. Personen im engsten Umfeld der Erkrankten hätten aufgrund der Mensch-zu-Mensch-Übertragung ein Ansteckungsrisiko. Eine Weiterverbreitung des Virus und damit eine Gefährdung der Bevölkerung sind praktisch auszuschließen, weil Deutschland auf die Behandlung von Personen, die an Ebola erkrankt sind, gut vorbereitet ist. Es gibt ein Netzwerk von Sonderisolierstationen, die sowohl von der medizinischen Expertise als auch von den technischen Voraussetzungen für die Behandlung solcher Erkrankungen ausgelegt sind (Arbeitskreis der Kompetenz- und Behandlungszentren, STAKOB, www.stakob.rki.de). Das dortige Personal ist für diese Situation speziell ausgebildet und trainiert regelmäßig die Versorgung von Patienten unter Isolationsbedingungen. Von Personen, die gezielt nach Deutschland verlegt werden, geht aufgrund der sehr hohen Sicherheitsstandards beim Transport keine Gefahr für Deutschland aus.

26. Inwieweit sind deutsche Kliniken auf Ebola-Fälle in Deutschland vorbereitet, und wie viele geeignete spezielle Quarantänestationen mit wie vielen Betten gibt es deutschlandweit (bitte detailliert auflisten)?

Für das seuchenhygienische Management von hochkontagiösen, lebensbedrohlichen Infektionskrankheiten gibt es in Deutschland ein Netzwerk von Kompetenz- und Behandlungszentren, die auf den Umgang mit solchen Krankheiten spezialisiert sind. Behandlungszentren (Sonderisolierstationen) befinden sich in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg, Leipzig, München und Stuttgart. Insgesamt stehen an den sieben Standorten 50 Betten zur Verfügung.

27. Ist nach Kenntnis der Bundesregierung geplant, die Anzahl der Quarantänestationen hierzulande zu erhöhen und zusätzlich Ärztinnen, Ärzte und Pflegepersonal speziell auf die Behandlung von Ebola-Fällen vorzubereiten?

Auf Grund der aktuell sehr geringen Wahrscheinlichkeit, dass Personen in Deutschland an Ebola erkranken, ist derzeit nicht geplant, die Anzahl der Sonderisolierstationen zu erhöhen. Vorbereitung und Training für das medizinische Personal finden regelmäßig durch Kurse und über Informationsmaterialien statt, die vom RKI auf seiner Internetseite zur Verfügung gestellt und in Zusammenarbeit mit den Landesstellen und Gesundheitsämtern verbreitet werden. Auch die Zentren des STAKOB bieten regelmäßig Schulungskurse für medizinisches Personal an.

28. Mit welchen Folgen rechnet die Bundesregierung für die afrikanischen Staaten, sowohl was die direkte Weiterverbreitung des Virus angeht als auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen?

Genauere Vorhersagen über den weiteren Verlauf der Epidemie sind derzeit nicht möglich. Die VN-Organisationen gehen in ihrer Bedarfsübersicht von einer Zahl von 20 000 Infizierten bis Jahres-

ende und einem Ende der Epidemie vor Mitte 2015 aus. Diese Einschätzungen sind naturgemäß mit großen Unsicherheiten behaftet. Ob sich das Virus auch in weiteren Ländern der Region verbreiten wird, lässt sich ebenfalls nicht voraussehen.

Über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls keine verlässlichen Aussagen treffen, auch wenn deutlich ist, dass es bereits zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen gekommen ist und weiter kommen wird. Die Weltbank schätzt, dass das Wachstum in den hauptbetroffenen Länder Liberia, Sierra Leone und Guinea im Jahr 2014 um 2 bis 3,5 Prozentpunkte verringert wird. In Verbindung mit den bereits aufgetretenen und noch zu erwartenden Auswirkungen der Ebola-Krise auf die Nahrungsmittelversorgung stellt dies ein Risiko für die politische Stabilität dieser Länder dar. Es ist außerdem damit zu rechnen, dass auch nach dem Ende der Epidemie erhebliche Unterstützung von außen für langfristige Investitionen in den Wiederaufbau staatlicher Strukturen, insbesondere des Gesundheitswesens, erforderlich sein wird.

29. Welche Kapazitäten stehen für die medizinische Evakuierung von infiziertem Gesundheitspersonal heute zur Verfügung, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen, um Transport, Einreise und Behandlung von infiziertem internationalen Gesundheitspersonal auch nach und in Deutschland unbürokratisch und schnell zu gewährleisten?

Evakuierungen von erkrankten Personen wurden in den vergangenen Wochen bereits durchgeführt. Jedoch hängt die Prüfung einer möglichen Evakuierung nicht allein von der Verfügbarkeit eines entsprechenden Transportmittels ab. Entscheidend ist zunächst immer der Zustand des Patienten und seine Transportfähigkeit. Die Bundesregierung arbeitet an der Schaffung weiterer Evakuierungskapazitäten.

30. Wie viele von der aktuellen Ebola-Epidemie Betroffene werden heute schon in Deutschland behandelt, nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl, und ist eine Ausweitung dieser Behandlungsmöglichkeit auf einen größeren Personenkreis geplant?

Das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf ist von der WHO angefragt worden, in seinem Behandlungszentrum für hochansteckende Erkrankungen einen Patienten mit einer in Sierra Leone diagnostizierten Ebola-Infektion aufzunehmen und zu behandeln. Der Erkrankte hatte in Westafrika als Experte für die WHO gearbeitet. Der Patient wurde am 27. August 2014 unter Beachtung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen nach Hamburg verlegt und wird dort derzeit weiter behandelt.

„Gute Arbeit“ braucht gesetzliche Regeln – weltweit

Rede von Niema Movassat, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zur Debatte über die Verantwortung von Unternehmen für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse in ihren Zuliefer-Betrieben:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Gute Arbeit weltweit - Verantwortung für Produktion und Handel global gerecht werden“, so heißt der vorliegende Antrag der Regierungskoalition. Finde ich gut! Das sollten Sie aber auch für Arbeit in Deutschland ernst nehmen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU/CSU: Machen wir doch!)

Union und SPD stehen hierzulande für schlechte Arbeit, Minijobs, Zeitarbeit, die Aufweichung des Kündigungsschutzes und sinkende Reallöhne, um nur einige Stichworte zu nennen. Sie sollten gute Arbeit auch in Deutschland ermöglichen, bevor Sie sich als Vorreiter der globalen Arbeitnehmerrechte aufspielen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auf internationaler Ebene ist das bekannteste Beispiel für die miserablen Arbeitsbedingungen die Textilbranche. Der Textilwarenmarkt ist der zweitgrößte Konsumgütermarkt Deutschlands. 2013 lag der Umsatz bei 60 Milliarden Euro.

Die Menschen in Bangladesch, Indien oder Pakistan, die all diese Klamotten produzieren, arbeiten häufig unter folgenden Bedingungen: Die Löhne liegen bei um die 30 bis 50 Euro im Monat. Ein Arbeitstag kann bis zu 16 Stunden haben. Es gibt nur einen freien Tag die Woche, Urlaub ist nicht vorgesehen. Es gibt keine Arbeitsverträge, keine Krankenversicherung. Wer sich gewerkschaftlich organisiert, fliegt raus. Arbeiter werden in Fabriken eingeschlossen, in denen es keine Notausgänge gibt und die Fenster vergittert sind. Die Gebäude sind einsturzgefährdet. Die überall lagernden Stoffballen und Stoffreste in der Luft führen häufig zu Bränden. - All das erinnert mich an Sklaverei. Solche Arbeitsbedingungen können wir nicht akzeptieren. Wir müssen alles tun, sie zu ändern.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Arbeit unter solchen Bedingungen kann manchmal sogar tödlich sein. Beim Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch starben letztes Jahr 1 127 Menschen. Wir als Mitglieder des Entwicklungsausschusses waren in Bangladesch. Wir haben mit den Überlebenden und den Angehörigen der Toten gesprochen. Sie berichteten uns, dass bis heute nicht alle Konzerne in den Entschädigungstopf für die Opfer eingezahlt haben.

(Heike Hänsel (DIE LINKE): Das ist eine Schande!)

Beim Brand der Firma Ali Enterprises in Pakistan vor zwei Jahren starben 289 Menschen. Diese Firma hat zeitweise bis zu 75 Prozent ihrer Produktion im Auftrag des deutschen Textildiscounters Kik gefertigt. Bis heute speist Kik die Opfer der Katastrophe mit Almosen ab und verweigert eine langfristige Entschädigung.

Die größten Profiteure der menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen vor Ort sind die Textilkonzerne. Diese drücken sich nach Unfällen regelmäßig vor der Verantwortung und lassen die Opfer im Stich. Das ist wirklich erbärmlich; das muss man so sagen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn sich ein Privatunternehmen entscheiden muss, ob es den eigenen Profit maximiert oder ob es die Menschenrechte der Arbeiter gewährleistet, wird es sich in 99 Prozent der Fälle - das zeigt die Praxis seit Jahren - für den Profit entscheiden. Das Prinzip heißt Kapitalismus.

Weil das so ist, lassen sich soziale Standards auf freiwilliger Basis nicht regeln. In Deutschland ist das für uns selbstverständlich. Hier bei uns haben wir Arbeitsrechte, Arbeitsschutz und Umweltauflagen - natürlich gesetzlich geregelt. Wenn es aber um die Geschäftstätigkeit deutscher Konzerne im Ausland geht, verlässt sich die Bundesregierung auf die Versprechen der Unternehmen. Dabei wird völlig ignoriert, dass seit 15 Jahren und mehr die Privatwirtschaft immer wieder Absichtserklärungen abgegeben hat, aber sich im Wesentlichen nichts geändert hat. Ich fordere deshalb die Bundesregierung auf: Geben Sie nicht länger den Interessen der Wirtschaftslobby Vorrang vor den Rechten Millionen arbeitender Menschen weltweit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen die Farce der freiwilligen Selbstverpflichtungen beenden. Wir brauchen handfeste Gesetze. Wenn eine deutsche Firma in Pakistan unter sklavenartigen Bedingungen produzieren lässt, muss sie dafür vor einem deutschen Gericht zur Verantwortung gezogen werden können.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer den Profit einstreicht, muss auch für die Produktionsbedingungen haften.

In Frankreich berät derzeit das Parlament einen Gesetzentwurf über Sorgfaltspflichten französischer Firmen bei Geschäftstätigkeiten im Ausland. In diesem Sinne finde ich es gut, dass die Koalition in ihrem Antrag zumindest die Prüfung eines Unternehmensstrafrechts ankündigt. In vielen europäischen Ländern gibt es das schon.

Dass wir eine strafrechtlich wie zivilrechtlich verbindliche Unternehmenshaftung brauchen, hat sich jetzt gerade wieder deutlich gezeigt: Sie, Herr Müller, wollten gemeinsam mit der Textilbranche ein Textilsiegel auf den Weg bringen. Dieses Siegel sollte faire Produktionsbedingungen garantieren, aber jetzt mussten Sie Ihr Scheitern einräumen. Die Bekleidungsindustrie hat Sie voll auflaufen lassen.

(Jürgen Klimke (CDU/CSU): Ach was!)

Anfang des Jahres haben Sie gesagt, dass es im Falle eines Scheiterns gesetzliche Regelungen geben solle. Sie sagten - ich zitiere -:

Wir wollen uns mit der deutschen Textilbranche auf den Weg machen. Dann können wir in einigen Jahren etwas erreichen.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Pfeiffer?

Niema Movassat (DIE LINKE):

Ja, gerne.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Bitte schön.

Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU):

Lieber Herr Kollege Movassat, möchten Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass es nicht heißt „wir wollten“, sondern „wir wollen“ die Einführung eines Textilsiegels, und dass nächste Woche die Unterschrift erfolgen soll? Insofern werden wir das erst einmal abwarten. Ich bin sicher, dass das Vorhaben nicht scheitert, sondern dass dieses Siegel eingeführt wird.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat doch gesagt, dass kein Siegel kommt!)

Niema Movassat (DIE LINKE):

Sehr geehrte Kollegin Pfeiffer, der Presse war zu entnehmen, dass das Textilsiegel so in nächster Zeit nicht kommen wird. Der Minister hat gesagt: Wir wollen uns auf den Weg machen, damit die Einführung in einigen Jahren umgesetzt wird. - Darum geht es: Hinsichtlich der Umsetzung werden wir auf die weitere Zukunft vertröstet. Das ist das, was ich hier kritisiere.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Problem ist: Wenn man sich mit der Textilindustrie auf den Weg machen möchte, dann wird man sich im Kreis drehen. Die Näherinnen in Bangladesch und Co. lässt man damit im Stich. Wenn man also gute Arbeit durchsetzen will, egal ob in Deutschland oder weltweit, dann wird das nur gegen die Interessen der Privatwirtschaft möglich sein. Das ist der einzige Weg, der zum Ziel führt.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Freihandel ist Unfreihandel

Der europapolitische Sprecher der Linksfraktion, Dr. Diether Dehm, in der Debatte über Unternehmensverantwortung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Willkür des Freihandels mit den armen Ländern ist auch für TTIP und CETA die Blaupause. Die Große Koalition schreibt in ihrem Antrag:

Verantwortungsbewusste Unternehmen richten ihre Ziele freiwillig ... nach sozialen ... Kriterien aus.

Ich frage die SPD-Minister: In welcher Welt leben Sie eigentlich?

(Beifall bei der LINKEN)

Das Godesberger Programm, das mir damals als Sozialdemokrat nicht links genug war, schreibt immerhin:

Mit ihrer durch Kartelle ... gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluss auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist.

Auf ebendieser Grundlage hatte die Linke in der letzten Sitzungswoche den Antrag des SPD-Konvents übernommen, der an das Freihandelsabkommen Grundbedingungen formuliert. Dann haben Sie von der SPD gegen Ihre eigenen Bedingungen gestimmt. Mit Ihren Vorbehalten gegen das TTIP ist es also nicht weit her.

(Beifall bei der LINKEN)

Es heißt im Konventspapier der SPD - ich zitiere -:

Investitionsschutzvorschriften sollten nicht eingeführt werden.

Ich frage Herrn Gabriel: Garantieren Sie ein Nein der SPD zu TTIP, wenn dieser kapitalistische Investorenschutz doch drinstehen sollte? Und: Im CETA steht es doch. Das CETA ist ausverhandelt. Wir warten noch auf Ihren massiven Protest.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Dann heißt es im Beschluss des SPD-Konvents:

In keinem Fall dürfen das Recht der Mitbestimmung ... oder andere Schutzrechte für Arbeitnehmer als „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ interpretiert werden.

Einmal gesetzt, ein amerikanischer Konzern investiert hierzulande, und per Mitbestimmung würden die Kollegen vor Ort endlich die riesigen Konzernprofite nicht ausschütten, sondern für ihr gesundheitliches Wohl oder echte Gewinnbeteiligung ausgeben wollen. Dann garantieren Sie also, Herr Gabriel, dass es erst gar nicht vor ein Schiedsgericht kommt bzw. der US-Konzern sich nicht gegen die Arbeitnehmer durchsetzt. Ich würde nicht einmal garantieren, dass es diesen Arbeitnehmern nicht so geht wie denen in Mexiko, die durch den Investorenschutz massenweise aus ihren Betrieben rausgeflogen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu Ihrer im Konventspapier formulierten Ablehnung eines Regulierungsrats: Haben Sie der EU-Kommission schon mitgeteilt, dass das mit Ihnen nicht zu machen wäre? Mir ist das jedenfalls nicht bekannt. Die Zustimmung zu einem Regulierungsrat wäre ebenfalls ein gebrochenes SPD-Versprechen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir Linken halten es mit dem Godesberger Programm - ich zitiere -: *Wer nicht über gleiche Macht verfügt wie ein Großunternehmen, hat nicht gleiche Entfaltungsmöglichkeiten, er ist mehr oder minder unfrei.*-

Freihandelsabkommen sind aber Unfreiheitsabkommen. Wer den Versprechungen der Großen Koalition nicht traut, wird am Samstag gegen CETA, gegen die Geheimnistuerei beim TTIP und gegen den Freihandel mit den armen Kontinenten, für unsere Sozialstaatlichkeit und die Würde der arbeitenden Menschen demonstrieren. Die EU-Kommission hat die Bürgerinitiative gegen das TTIP zwar verboten -

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Kollege Dehm, denken Sie bitte an die Zeit.

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

- ich komme zum Ende -, aber es gibt sie. Schauen Sie auf www.umfairteilen.de! Wer mehr Gemeinsamkeit von Linken, Sozialdemokraten und Grünen will, der wird sie am Samstag gegen diese Freihandelsabkommen vieltausendfach auf der Straße finden.

Ich danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzige Handelspolitik widerspricht jeglichen Klimaschutzziele

Rede von Heike Hänsel, Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, spricht im Plenum über Klimaschutz und Klimafinanzierung:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Jung,

ich muss erst einmal auf Sie eingehen. Hier wird immer von Schulden gesprochen. Aber Schulden bedeuten auch Investitionen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt nämlich lebenswichtige, nachhaltige Investitionen in eine intelligente Politik, zum Beispiel die Klimapolitik. Wir erleben es in sehr vielen Bereichen, dass wir Dinge, die wir heute nicht finanzieren, später um ein Vielfaches teurer bezahlen müssen. Der Klimaschutz gehört dazu.

Nehmen Sie nur das Geld für Klimaanpassungsmaßnahmen, das wir jetzt weltweit in Milliardenhöhe brauchen. Dieses Geld hätten wir früher viel intelligenter im Klimaschutz einsetzen können. Insofern ist Ihre Politik kurzsichtig.

Hinzu kommt: Sie ist auch sozial ungerecht. Das geht natürlich an die SPD. Dadurch, dass Sie darauf verzichtet haben, in der Steuerpolitik eine Umverteilung vorzunehmen und die Reichen zu besteuern, sodass sie für soziale Aufgaben und für den Klimaschutz herangezogen werden, fehlt uns jetzt der Spielraum. Das geht zu Ihren Lasten, und das werfen wir Ihnen auch vor.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Hendricks, Sie haben vom guten Ruf Deutschlands in der Welt gesprochen. Ich muss sagen: Sie leben zwar noch von diesem guten Ruf, er wird aber schon lange nicht mehr mit Leben erfüllt. Wer hat denn maßgeblich zu diesem guten Ruf beigetragen? Das war doch die Bevölkerung. Die Bevölkerung hat den Atomausstieg erkämpft, und sie hat sich massiv für eine Energiewende in Deutschland eingesetzt. Aber Sie füllen diese Forderung, die aus der Bevölkerung kommt, schon lange nicht mehr mit Leben.

Hinzu kommt - ich spreche schließlich als Entwicklungspolitikerin -, dass die Länder des Südens darauf angewiesen sind, dass Sie Ihrer internationalen Verantwortung nachkommen. Das ist nämlich das Hauptproblem, dass in erster Linie diese Länder von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind - das wissen wir alle - und viel stärker darauf angewiesen sind, dass Sie in Klimaschutz investieren und die Klimaziele verbindlich formulieren und einhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber es geht nicht nur um die Verbindlichkeit der Klimaziele. Wir müssen auch fragen: Was bringen Sie eigentlich jetzt, während wir immer von Klimazielen sprechen, auf den Weg? Zum Beispiel die Handelspolitik läuft diametral entgegen sämtlicher Klimaschutzziele. Im Zusammenhang mit CETA - das ist das EU-Freihandelsabkommen mit Kanada; zu dem Abkommen mit den USA, TTIP, gibt es, wie wir wissen, auch viele Diskussionen - wurde viel versprochen: Ökologische Standards werden nicht gesenkt. Jetzt wird es aber entgegen anderslautender Versprechungen möglich sein, dass die klimaschädlichen Teersandöle aus Kanada eingeführt werden können, die 25 Prozent mehr Treibhausgase bei der Förderung erzeugen als das Erdöl.

(Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE): Ein Skandal!)

Das ist verantwortungslos. Deshalb kann ich es sehr gut verstehen, dass die Bevölkerung gegen CETA und TTIP mobilisiert, weil sie genau sieht, dass ökologische Standards gesenkt werden. Das ist die Realität.

Wir haben am kommenden Samstag, dem 11. Oktober, den europaweiten Aktionstag gegen CETA und TTIP. Ich rufe alle auf: Gehen Sie auf die Straße! Das ist ein konkreter Beitrag zum Klimaschutz.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt komme ich zu den G-7-Staaten.

(Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU): Was alles mit dem Klimaschutz zu tun hat!)

Die G-7-Staaten wollen einen gemeinsamen Flüssiggasmarkt entwickeln. Dabei geht es vor allem auch um das Fracking-Gas aus den USA und Kanada und damit um ganz andere Weichenstellungen. Sie sollten nichts vom Klimaschutz erzählen, wenn Sie andere Fakten schaffen.

Nun möchte ich zur internationalen Klimafinanzierung kommen. Da könnten Sie internationale Verantwortung zeigen. Wir erleben als Entwicklungspolitiker seit Jahrzehnten, dass das Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels hier geht es um die Frage, wie viel pro Jahr für Entwicklung ausgegeben wird in weiter Ferne liegt. Sie haben gesagt, dass Sie 2050 Ihre Klimaziele erreichen werden. Aber dazu müssten wir erst einmal nächstes Jahr unser Entwicklungsziel erreichen. Davon sind wir meilenweit entfernt. Wir erreichen momentan noch nicht einmal 0,4 Prozent. Das kann man nicht anders als Schande für eines der reichsten Länder der Erde bezeichnen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nun stellen Sie Geld für den internationalen Klimaschutz ein. Die Kanzlerin hat 750 Millionen Euro angekündigt. Wenn man sich den Haushalt aber genau anschaut, dann stellt man fest, dass nicht einmal 20 Millionen für den Green Climate Fund eingestellt sind; das geht nicht. Es ist ein Skandal, dass den großen Ankündigungen keine Taten folgen. Sie basteln an Ihrem Ruf auf internationaler Ebene. Aber im Haushalt wird das Geld nicht eingestellt. Vor allem die Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre sind minimal. Das ist unverantwortlich, weil man so keine langfristige Planung machen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Hinzu kommt, dass Sie die Gelder für den Klimaschutz mit den Entwicklungsgeldern verrechnen. Die Entwicklungsländer brauchen aber zusätzliches Geld für Klimaanpassungsmaßnahmen. Diese Gelder dürfen nicht mit denen für die Entwicklungszusammenarbeit verrechnet werden. Sonst sinkt der Entwicklungsetat sogar. Das lehnen wir ab. Das hat nichts mit Klimagerechtigkeit zu tun. Sie verschieben die Gelder, weil Sie es nicht gewagt haben, die Umverteilungsfrage zu stellen, also die Menschen, die sehr viel Geld haben, stärker an der Finanzierung des Klimaschutzes zu beteiligen. Das ist das große Problem. Den Preis dafür zahlen auch die Länder des Südens. Dagegen werden wir uns wehren.

(Beifall bei der LINKEN)

Hunger bekämpfen, Recht auf Nahrung stärken

Niema Movassat, Sprecher der Linksfraktion für Welternährung, spricht zur Einbringung des Antrags „Hunger bekämpfen, Recht auf Nahrung stärken“ seiner Fraktion:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt kein Menschenrecht, das so häufig verletzt wird, wie das Recht auf Nahrung. Laut der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen hungern 842 Millionen Menschen. Würde man einen realistischen Kalorienbedarf zugrunde legen, so stiege die Zahl auf 1,3 Milliarden Menschen. Der tägliche Hunger, die Tatsache, dass alle sechs Sekunden ein Kind an Unterernährung stirbt, ist ein Skandal, der keinen Tag länger so weitergehen darf.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir als Linke den Antrag „Hunger bekämpfen, Recht auf Nahrung stärken“ eingebracht.

Entwicklungsminister Müller hat erklärt, dass der Kampf gegen den Hunger für ihn hohe Priorität hat. Gut so. Das Problem ist aber, dass die Lösungsansätze in die falsche Richtung gehen. Sie scheitern bereits an der Ursachenanalyse. Denn die Bundesregierung legt die Priorität auf die Steigerung der Produktion nach dem Motto: Menschen hungern, weil es zu wenig Nahrung gibt. Also muss mehr produziert werden. - Dabei wird heute schon genug Nahrung produziert, um 12 Milliarden Menschen zu ernähren. Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Lebensmittel. Dann müsste kein Kind auf dieser Welt mehr an Hunger sterben.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch muss die Bundesregierung endlich den Weltagrарbericht unterzeichnen. Dort stehen viele kluge Dinge drin, zum Beispiel, dass man Kleinbauern in den armen Ländern stärken muss. Kleinbauern bilden das Rückgrat der Landwirtschaft im globalen Süden. Sie produzieren in Asien und Afrika 80 Prozent der Nahrungsmittel. Sie muss man unterstützen, fördern und weiterbilden. Stattdessen stärkt die Bundesregierung mit Initiativen wie der German Food Partnership und der G8 „New Alliance“ vor allem große Agrarunternehmen, die auf industrielle Landwirtschaft setzen. Das Problem dabei ist, dass sich kein Kleinbauer diese Technologisierung leisten kann. Um die neuen, teuren Düngemittel und Saatgüter zu kaufen, muss er sich verschulden. So machen die Agrarunternehmen Bauern abhängig.

Dieses Modell passt auch nicht auf die lokalen Bedürfnisse. In den Entwicklungsländern herrscht teilweise bis zu 50 Prozent Arbeitslosigkeit. Die Agrarindustrie aber setzt auf wenig Arbeitskräftein-satz, hohen Kapitaleinsatz und hohe Produktion pro Bauer. Wir brauchen Modelle, die Arbeitsplätze schaffen und die die Kleinbauern nicht in ihrer Existenz gefährden.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Politik der Kooperation mit den Agrarunternehmen füllt die Taschen von Bayer, BASF, Syngenta und Monsanto, aber keinen Teller in Afrika. Deshalb sagt die Linke: Stärken Sie die Kleinbauern! Stärken Sie lokale Strukturen! So bekämpft man Hunger.

(Beifall bei der LINKEN)

Ins Zentrum der Debatte muss der Begriff der Ernährungssouveränität. Was heißt das? Das heißt, dass die Länder des Südens in die Lage versetzt werden, eigenständig genug Nahrungsmittel zu

produzieren. Sie sollen nicht abhängig von Nahrungsmittelimporten sein. Die Kleinbauern sind die Grundlage der Ernährungssouveränität. Ihre Landrechte müssen geschützt werden, beispielsweise vor Landraub; denn immer häufiger kaufen Konzerne, auch aus Deutschland, Ländereien in Afrika auf, vertreiben mit Gewalt die Bauern, um im Anschluss Agrospritpflanzen anzubauen, damit wir unsere E10-Quote erfüllen können. Dagegen muss die Bundesregierung vorgehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Um Ernährungssouveränität herzustellen, müssen Kleinbauern auch vor Billigimporten geschützt werden. Wir alle kennen das Beispiel von überschüssigen Hähnchenteilen, die von Europa nach Liberia verschifft werden und dort zu Dumpingpreisen verschleudert werden. Die lokalen Bauern können damit nicht konkurrieren und verlieren ihre Existenz. Deshalb müssen die Länder des Südens das Recht haben, ihre Märkte durch Zölle zu schützen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ganz entscheidend ist auch der Aufbau sozialer Sicherungssysteme. Es gibt gute Beispiele, wie das brasilianische „Null-Hunger“-Programm, bei dem man Hilfe vom Staat bekommt, wenn es an Geld für Nahrungsmittel fehlt.

Diese Modelle sollte Deutschland im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit auch in anderen Ländern unterstützen. In unserem Antrag finden Sie weitere konkrete Vorschläge. Aber das Wichtigste ist: Unterzeichnen Sie den Weltagrarbericht, und setzen Sie seine Vorschläge um! Das wäre ein echter Beitrag im Kampf gegen den Hunger.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Niema Movassat, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung

Sprecher für Welternährung, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

11011 Berlin

Telefon: 030 227-73179

Telefon: 030 227-71760

Fax: 030 227-76179

Fax: 030 227-76663

heike.haensel@bundestag.de

niema.movassat@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:

Mitarbeiter/innen:

Carlos Hainsfurth

Dr. Birgit Bock-Luna

Harald Neuber

Andreas Grünewald

Henning Zierock

Manuel Faber

Nicolai Röschert

Dr. Alexander King, Referent für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Telefon: 030 227-52802

alexander.king@linksfraktion.de